

„Jean Quatremer: Nebel über dem Ärmelkanal" auf Libération.fr (13. Juni 2006)

Legende: Am 13. Juni 2006 analysiert der Jean Quatremer, Journalist bei der französischen Tageszeitung Libération, in seinem Weblog über die „Brüsseler Kulissen" die Vorbehalte der Briten gegenüber einer Öffnung der Arbeiten des Rates der Europäischen Union für die Öffentlichkeit. Die Übertragung der Beratungen des Rates über Fernsehen und Internet zwingt die Mitgliedstaaten, öffentlich Stellung zu beziehen und ihre Abstimmung gegenüber den Bürgern zu vertreten.

Quelle: Quatremer, Jean, Coullisses de Bruxelles, UE. Libéblogs, les blogs de Libération. [EN LIGNE]. [s.l.]: [s.d.]. Disponible sur http://bruxelles.blogs.liberation.fr/coullisses/2006/06/brouillard_sur_.html#more.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/jean_quatremer_nebel_uber_dem_armelkanal_auf_liberation_fr_13_juni_2006-de-746ad653-165f-47fc-b34f-e1d703e98611.html



Publication date: 10/08/2016

Nebel über dem Ärmelkanal

Jean Quatremer

Das Vereinigte Königreich, das seit jeher die Brüsseler Eurokratie und deren Undurchsichtigkeit geißelt, entdeckt auf brutale Weise, dass die Transparenz, die es sich so sehr gewünscht hat, vielleicht doch keine so gute Idee ist. Die neue britische Außenministerin **Margaret Beckett** hat nämlich letzte Woche ihre Vorbehalte gegenüber den Plänen zur Freigabe der Arbeiten des EU-Ministerrats für die Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht – einem Entwurf, den die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen von Donnerstag und Freitag billigen sollen (Anlage 1 des Entwurfs der Schlussfolgerungen mit dem Titel „*Eine allgemeine Politik der Transparenz*“).

Dieser Vorschlag geht viel weiter als die teilweise Öffnung, die im letzten Dezember beschlossen wurde und von der ich in diesem Blog schon gesprochen habe. Dieses Mal werden alle Beratungen der Minister zu Themen, die dem Mitentscheidungsverfahren mit dem Europäischen Parlament unterliegen (fast der ganze Binnenmarkt einschließlich der Einwanderungs- und Asylpolitik) per Fernsehnetz oder Internet übertragen, sofern der Rat nichts anderes beschließt. Dagegen bleiben der „zweite Pfeiler“, d. h. die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, und der „dritte Pfeiler“, die Justizielle und Polizeiliche Zusammenarbeit, weiter geheim.

„Dieses Vorhaben geht weiter als die **Europäische Verfassung**, die die Arbeiten des Rates in zwei Teile eingeteilt hatte. Der eine Teil betraf die Gesetzgebung und war somit öffentlich, der andere bezog sich auf die nicht-legislativen Bereiche und war somit nicht für die Öffentlichkeit zugänglich“, gibt ein Diplomat zu. Nun werden die legislativen Bereiche, insbesondere die des dritten Pfeilers, wieder den Kameras entgehen.

Die neue Außenministerin, die Jack Straw ersetzt, erklärte gestern in Luxemburg am Rande der Konferenz der Außenminister, dass „es gerecht wäre, ein gutes Gleichgewicht zu finden. Ich glaube, dass die Leute sich nicht darüber im Klaren sind, dass wir nicht nur innerhalb der Europäischen Union manchmal schwierige und heikle Diskussionen führen, sondern auch mit anderen auf internationaler Ebene verhandeln, wie zum Beispiel über den Handel. Es darf nicht sein, dass die Europäische Union ihre Kernposition vor all denen diskutiert, mit denen sie später verhandeln wird.“ „Die Briten erwachen reichlich spät“, erregt sich der bereits zitierte Diplomat. „**Was ist ihr tatsächliches Problem? Werden sie daraus ein heiß umkämpftes Thema auf dem Europäischen Rat machen? Wenn ja, werden sie schwerlich allein sein: Die meisten Staaten, mit Ausnahme der skandinavischen Länder, hatten sich eher in die Transparenz gefügt als ihr enthusiastisch zuzustimmen**“...

Die britische Kritik ist in der Tat zumindest seltsam, denn die neue Politik der Transparenz ist in keiner Weise bei (insbesondere den Handel betreffenden) Exekutivfunktionen des Rates, bei der Außen- oder auch der Verteidigungspolitik anzuwenden. Sie wird auch nicht – wie in einem Parlament – im Sinne der Vorbereitung von Kompromissen Besprechungen der Regierungen in den Fluren verbieten. Es geht nur darum, die Staaten zu verpflichten, öffentlich Stellung zu beziehen und ihr Abstimmungsverhalten vor den Bürgern zu vertreten. Was kann für einen Ministerrat normaler sein, der nichts anderes ist als eine „Kammer der Staaten“? Daher ist es verständlich, dass man sich in Brüssel nach dem Sinn des britischen Manövers fragt.